

# **Paukenschlag in Houston – Trump räumt die nächste CO<sub>2</sub>-Hürde ab: Freie Bahn für Kohle und Gas**

geschrieben von Admin | 16. September 2026

**Die US-Umweltbehörde EPA plant, Vorschriften für Kohle- und Gaskraftwerke zur CO<sub>2</sub>-Emission aufzuheben. Ein weiterer Schritt, um die US-amerikanische Energiepolitik von klimaideologischen Vorgaben zu befreien.**

**Von Holger Douglas**

Die nächste CO<sub>2</sub>-Sensation aus den USA: Die US-Umweltbehörde EPA bereitet die formelle Aufhebung der CO<sub>2</sub>-Emissionsvorgaben für Kohle- und Gaskraftwerke vor. Die Bekanntgabe könnte, wie Bloomberg berichtet, bereits am 14. September im Rahmen des Treffens der G20-Energieminister in Houston erfolgen. Damit würde Donald Trump einen weiteren zentralen Bestandteil der Klimapolitik seiner Vorgänger beseitigen. Reuters hat die Meldung aufgegriffen, sie ist allerdings ausdrücklich noch nicht unabhängig bestätigt.

Die politische Botschaft ist unmissverständlich: Amerikas Energieversorgung soll wieder stärker nach Kosten, Verfügbarkeit und industriellem Bedarf organisiert werden. CO<sub>2</sub>-Vorgaben, die Investitionen verteuern und konventionelle Kraftwerke unter Druck setzen, sollen weichen. Trump will damit die Voraussetzungen für mehr Produktion, neue Fabriken und zusätzliche Arbeitsplätze verbessern.

Vorbereitet wird dieser Schritt seit längerem. Bereits am 11. Juni 2025 legte EPA-Chef Lee Zeldin den Vorschlag vor, sämtliche Treibhausgasstandards für den Kraftwerkssektor nach Abschnitt 111 des amerikanischen Luftreinhaltegesetzes aufzuheben. Dies würde sowohl Vorschriften aus der Obama-Zeit als auch die unter Joe Biden 2024 beschlossenen Regeln umfassen. Diese setzen unter anderem auf die Abscheidung und unterirdische Speicherung von Kohlendioxid, kurz CCS. Für betroffene Betreiber bedeutet dies aufwendige technische Anlagen und zusätzliche Infrastruktur.

Der aktuelle Vorstoß folgt einer klaren Linie. Schon am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit hatte Trump mit dem Erlass „Unleashing American Energy“ eine umfassende Überprüfung energiepolitischer Vorschriften angeordnet. Behörden sollten Hemmnisse für die Erschließung und Nutzung heimischer Energieträger identifizieren und deren Änderung oder Abschaffung vorbereiten. Genehmigungen sollten schneller erteilt werden, die Prüfung von LNG-Exportprojekten wieder anlaufen.

Am selben Tag hatte Trump zudem den neuerlichen Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen eingeleitet. Auch amerikanische Zusagen zur internationalen Klimafinanzierung ließ er überprüfen beziehungsweise zurücknehmen. Internationale Verpflichtungen, die Vorgängerregierungen eingegangen waren, dürften laut Trump die amerikanische Wirtschaft nicht unangemessen belasten.

Im Februar 2026 folgte der Angriff auf eine tragende Grundlage der bisherigen Regulierung: Die EPA hob das sogenannte Endangerment Finding von 2009 auf. Diese Gefährdungsfeststellung bildete die Grundlage für bundesweite Treibhausgasvorgaben für Kraftfahrzeuge. Auch diese Emissionsstandards wurden aufgehoben. Umweltverbände kündigten juristischen Widerstand an. Die nun erwartete Kraftwerksentscheidung wäre der nächste eigenständige Schritt beim Abbau der teuren CO<sub>2</sub>-Regulierung.

Für energieintensive Unternehmen wäre das ein entscheidendes Signal: Washington will Produktion ermöglichen und regulatorische Kosten senken. Denn verfügbare und bezahlbare Energie ist die Grundlage einer leistungsfähigen Wirtschaft und einer sicheren Versorgung. Wird sie knapp oder teuer, steigen die Kosten für Lebensmittel, Wohnen, Verkehr und industrielle Produktion. Hier setzt Trump an: Seine Regierung will Vorschriften beseitigen, die Kohle- und Gaskraftwerke verteuern und Investitionen erschweren. Das Ziel ist eine reichliche, verlässliche Energieversorgung, die Unternehmen Wachstum ermöglicht und Haushalte entlastet. Die geplante Aufhebung der CO<sub>2</sub>-Vorgaben wäre ein weiterer bedeutsamer Schritt in diese Richtung.

Falls dies heute auf dem G-20 Energieministertreffen verkündet würde, würde dies für einen entsprechenden Paukenschlag sorgen. Bei diesem Gipfel soll übrigens auch Russland mit einer Delegation vertreten sein. Dies teilte der für G20-Themen zuständige Botschafter Marat Berdjew über den Onlinedienst Telegram mit. Zu den Beratungen in Houston im Bundesstaat Texas sollen unter anderem Vertreter des Außen-, Energie- und Rohstoffministeriums anreisen.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier